

EUROPA - WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS AN DER JAHRESWENDE 1964/65

Europa-Konjunktur

Gegen Ende des Jahres 1964 zeigte sich, daß die Prognose über die Wirtschaftsentwicklung der EWG und ihrer Mitgliedstaaten, die die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Beginn dieses Zeitabschnitts aufgestellt hatte, etwas zu vorsichtig gewesen ist. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts, das zunächst mit 4,5 und im Sommer mit 5 vH angesetzt worden war, hat nun doch 5,5 vH erreicht, ohne daß deshalb übersehen werden kann, daß der allgemeine Trend nach oben sich etwas abgeflacht hat und wohl zunächst auch weniger steil weiterlaufen wird. Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland wurde die Wachstumsprognose von 4,5 vH um volle 2 vH übertroffen. Auch die Niederlande und Belgien übertrafen mit 6 bzw. 5 vH die Vorausschätzungen. Frankreich bestätigte die Vorausschätzung (5 vH), und nur Italien, dem es nach und nach gelingt, wieder Schritt zu fassen, blieb doch noch beträchtlich hinter den Erwartungen zurück.

Was die Entwicklung des Handels betrifft, so kann für den Außenhandel der Gemeinschaft gesagt werden, daß er auch weiterhin gestiegen ist und daß das Defizit im Handel mit dritten Ländern weniger stark als im Vorjahr anstieg. Der Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten wuchs abermals um nicht weniger als 20 vH. Durchweg ist ein Preisauftrieb auf der Konsumentenebene festzustellen, der in der Bundesrepublik Deutschland von Januar bis

August 1964 im Schnitt bei + 2,2 vH liegt. Damit steht Deutschland günstig vor den Partnerländern da, die mit 3,8 vH (Frankreich), 4 vH (Belgien), 4,9 vH (Niederlande) und 5,8 vH (Italien) zwar zum Teil einen, verglichen mit der Vorjahrsperiode, geringen Preisaufstieg zeigen, jedoch einen absoluten Preisaufstieg, der den einheimischen Verbraucher und — wie im Falle Italien — auch den fremden Besucher unangenehm berühren wird.

Ein Merkmal haben fast alle nationalen Teilmärkte der EWG gemeinsam: Mit Ausnahme Italiens, das noch immer ein bedeutender Exporteur von Arbeitskräften ist, leiden alle unter Engpässen und Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß der Export von Arbeitskräften auf Zeit (Gastarbeiter) sich in den Zahlungsbilanzen der Exportländer durchaus niederschlägt. Die Bundesrepublik Deutschland z. B. beschäftigt bereits rund eine Million von europäischen und auch schon außereuropäischen Arbeitern, die große Anteile ihres Verdienstes in ihre Heimatländer überweisen. Die Bundesbank, die natürlich nur die offiziellen Geldüberweisungen erfassen kann, stellte fest, daß 1962 mindestens 840 Mill. DM, 1963 aber bereits 1,1 Md. DM auf diesem Wege ins Ausland geflossen sind. Für 1964 darf man wohl alles in allem mit knapp 2 Md. DM. rechnen, denn längst nicht alle Gelder gehen einen kontrollierbaren Weg. Diese Beträge bekommen vor allem dann eine Bedeutung, wenn man sie anderen volkswirtschaftlichen Größen der betreffenden Länder gegenüberstellt.¹⁾ Wenn die spanischen Gastarbeiter z. B. allein aus der Bundesrepublik in einem Jahr 220 Mill. DM überweisen, so entspricht das etwa dem Erlös aus dem spanischen Zitrusfrüchteexport in einem Jahr; wenn die Italiener 530 Mill. DM nach Hause schicken, so ist das just der Betrag, den Italien aus dem Export von Schreib- und Büromaschinen einnimmt. Die Griechen über-

1) Alexander Post, "Milliarden rollen in den Süden", in „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. 12. 1964.

wiesen 160 Mill. DM, was 30 DM je Kopf der Bevölkerung entspricht; auf die Türken entfallen 50 Mill. DM, ein Betrag, mit dem man 15 vH der türkischen Einfuhren aus der Bundesrepublik bezahlen könnte. Für die Jugoslawen gelten die Zahlen 70 Mill. DM und 20 vH. Zu diesem Geldtransfer kommt natürlich noch etwas, was gerade in den noch rückständigen Gebieten von besonderer Bedeutung ist: der Kontakt mit moderner Industriearbeit und mit der modernen Industriegesellschaft. Trotz allem sollte aber u. E. niemals vergessen werden, daß diese Menschen nur auf Zeit zu uns kommen. Das entwicklungspolitische Moment dieses Arbeitskräfteexports kommt nämlich erst dann voll zum Tragen, wenn sie eines Tages wieder in ihre Heimat zurückgehen und dort als Katalysatoren wirken.

Rückblickend auf das Jahr 1964 kann gesagt werden, daß erst bescheidene Ansätze einer Konjunkturpolitik sichtbar und auch wirksam wurden, nämlich vor allem im Falle von Italien. Die gemeinsamen Bemühungen um die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen Stabilität in diesem Partnerland waren im ganzen erfolgreich und lassen erkennen, welche Möglichkeiten in einer echten europäischen Konjunkturpolitik schlummern. Um deren Grundsätze redet man sich allerdings noch immer die Köpfe heiß, und wenn die sozialistische Europaabgeordnete *Ilse Eisner* sagt, es sei falsch, Konjunkturpolitik nur über die nationalen Budgets treiben zu wollen, weil gerade die europäische Strukturwandlung hohe Anforderungen an diese Stelle, so spricht sie damit etwas sehr Wahres aus. Und auch ein Mann, der aus einem ganz anderen Lager kommt, Bankier *Hermann J. Abs*, hat recht, wenn er Anfang November vor der Industrie- und Handelskammer Mainz feststellt: „Das Fehlen einer ausreichenden politischen Zusammenarbeit in der EWG, besonders der Mangel an wirksamer wirtschafts- und finanzpolitischer Harmonisierung, wird allerdings noch fühlbarer werden, wenn die Zölle weiter abgebaut werden ... Nicht neu, aber leider unverändert aktuell ist es, darauf hinzuweisen, daß ohne eine gemeinsame monetäre Stabilität, die ihrerseits auf die Dauer nur mit Hilfe einer wirksam koordinierten Finanz-, Sozial- und allgemeinen Wirtschaftspolitik gelingen kann, ein gemeinsamer Markt im wahren Sinne des Wortes nicht vorstellbar ist.“

Die EWG ist nachgerade an einem Punkt angekommen, wo man mit ein paar Prozent Zollsenkung nicht weiterkommt. Jetzt geht es an die fundamentalen nationalen Interessen und an die komplizierten wirtschaftspolitischen Techniken, und erst jetzt wird sich zeigen, ob die Gemeinschaft im Vorfeld steckenbleibt.

Zwischen Paris und London

Zwei Ergebnisse haben im verflossenen Quartal Aufregung in die Reihen der euro-

päischen Führungsspitzen getragen. Das erste kam aus Paris, wo *de Gaulle* wieder einmal ein besonders scharfes Ultimatum stellte: Er wäre nicht länger bereit, in der EWG mitzuspielen, wenn der gemeinsame Agrarmarkt nicht vertragsgemäß zustande käme. Das zweite Ereignis fand in London statt. Durch den knappen Wahlsieg der Arbeiterpartei kamen neue Kräfte, Männer und Ideen an die Spitze Großbritanniens, und die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, schockierten die EWG nicht weniger als die unmittelbar betroffene EFTA.

Die Getreidepreisfrage, die nun seit Jahr und Tag die Gemüter erhitzt, war der Anlaß zum Ausfall de Gaulles. Leidenschaftslos betrachtet, kann man die französische Haltung durchaus verstehen, denn Frankreich war von Anfang an darauf eingerichtet, die europäische Kornkammer zu werden. Die letzten Jahre, in denen die Entwicklung in Frankreich nicht stehen geblieben ist, haben gezeigt, welche bedeutenden Produktionsreserven die französische Landwirtschaft noch besitzt, die im Gegensatz zu den anderen EWG-Staaten und vor allem zur Bundesrepublik mit relativ geringem Aufwand genutzt werden können. Ein Land, in dessen Grenzen 47 vH der landwirtschaftlich genutzten Fläche der EWG liegen, kann an einem Gemeinsamen Markt nur dann ein Interesse haben, wenn sich dieser Markt auch und vor allen Dingen auf Agrarerzeugnisse bezieht. Und wenn in diesem Land, wie in Frankreich, innerhalb der letzten acht Jahre ein Viertel der in der Landwirtschaft Tätigen in die Stadt abwandern und die Landwirtschaft dennoch eine 25prozentige Steigerung der Agrarproduktion erzielt, so ist klar, daß ein solches Land mit Ungeduld auf einen sich expandierenden Markt wartet. Frankreich mußte in den letzten Jahren ein Zehntel seines Getreides und ein Sechstel seines Zuckers außerhalb der Grenzen absetzen oder auf Lager nehmen. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Bemühungen, die heimische Erzeugung zu vergrößern, den Markt schrumpfen läßt, auf den Frankreich gerade wartet. „Man vermißt bei den Führern der deutschen Agrarpolitik“, schreibt die gewiß außerhalb des Streites stehende *Neue Zürcher Zeitung* (15. November 1964), „jede Rücksichtnahme auf die vertraglich vereinbarte und in absehbarer Zukunft fällige Einführung des gemeinsamen Agrarmarktes. Die Bundesregierung beschränkte sich darauf, die Schaffung dieses Marktes nach Möglichkeit zu verzögern und ließ dadurch sich selbst in eine äußerst schwierige Situation hineinmanövrieren.“

Es steht außer Frage, daß wir seit einiger Zeit an einem Punkt stehen, wo die weitere Entwicklung an die Substanz, an den Besitzstand rührt. Wenn man sich einmal zur Bildung eines gemeinsamen Marktes entschlossen hat, so ist einfach kein Platz mehr für na-

tionalwirtschaftliche Überlegungen. Ein gemeinsamer europäischer Markt kennt keine deutsche Kohle und keinen deutschen Weizen mehr, sondern eben nur europäischen, und es ist völlig gleich, wo dieser wächst, wenn es nur in Europa geschieht. Man hat den Eindruck, daß jene, die lauthals die Einigung Europas begrüßten, nicht die leiseste Vorstellung davon besaßen, auf was sie sich da eingelassen hatten. Der deutschen Industrie war das schon recht. Für sie expandierte sich der Markt auf jeden Fall, bei anderen Wirtschaftszweigen kann es aber auch umgekehrt gehen. Die Industrie wird nun allerdings auch überlegen müssen, ob sie länger im großen Stil in Drittländer exportieren kann, wenn Deutschland aufgrund seiner Verpflichtungen gezwungen ist, die Agrarerzeugnisse, die es bisher von dort bezog, in Frankreich einzukaufen. Frankreichs Industrie ist in den letzten Jahren so enorm gewachsen und hat in seiner Leistung so stark zugenommen, daß es als Markt für deutsche Industrieerzeugnisse die Drittländer nicht wird ersetzen können und wollen. Man sieht, in welchem Maße die europäische mit der Weltwirtschaft verflochten ist.

Wenn sich die Bundesrepublik nun mit Hän- gen und Würgen zu einem kleinen Schritt in Richtung auf einen gemeinsamen, unter dem gegenwärtigen deutschen liegenden Getreidepreis bereit gefunden hat, so nur mit beträchtlichen finanziellen Zugeständnissen an die deutschen Bauern, wie an anderer Stelle dieses Heftes, S. 48—50, dargestellt ist. Daß es sich dabei um Gelder handelt, die bezahlt werden, damit etwas nicht produziert wird, daß sie also im höchsten Grade unproduktiv sind, liegt auf der Hand.

Eine Alternative wurde vor nicht allzu langer Zeit von Prof. *Fritz Baade* angeboten, eine Alternative allerdings, die nur weltwirtschaftlich verstanden werden kann und deshalb wohl kaum auf hinreichendes Verständnis in Bonn oder Brüssel stoßen dürfte. Baade geht von der Feststellung aus²⁾, daß sich die europäische Landwirtschaft auf dem Wege zu einer Überproduktion von Nahrungsmitteln befindet. Im Gegensatz zu früher vertritt er angesichts der Welternährungslage heute die Auffassung, daß dieser Weg nicht durch das Senken der deutschen, sondern vielmehr durch das Anheben der französischen und holländischen Getreidepreise forciert werden sollte. Damit würde Europa in die Lage versetzt, zusammen mit den USA Überschußgetreide für den Weltkampf gegen den Hunger bereitzustellen, das natürlich nicht verkauft, sondern nur verschenkt werden kann. Die Kosten, die dabei anfallen, erreichen aber längst nicht die der unproduktiven Subventionen, von denen oben gesprochen wurde. Damit wäre Zeit gewonnen, den agrarischen Anpassungsprozeß in Europa durchzuführen, und zwar bei gleich-

zeitiger Beteiligung am Kampf um die Welt- ernährung.³⁾ Diese durchaus berechtigten Überlegungen liegen allerdings so weit abseits der inzwischen eingefahrenen Brüsseler Denkschemata, daß sie kaum jemand in Erwägung ziehen wird.

Wenn Paris offene Grenzen forderte — aus London kam eine entgegengesetzte Nachricht: Großbritannien macht die Grenzen dicht; korrekter ausgedrückt: Zur Bekämpfung eines schon chronischen Zahlungsbilanzdefizits verfügte die Labour-Regierung einen Sonderzoll in Höhe von 15 vH auf die Einfuhren und kündigte weitere Exportförderungsmaßnahmen an. Abgesehen davon, daß geeignete Maßnahmen zur Sanierung der britischen Wirtschaft überfällig waren, stieß England gerade mit der Zollerhöhung alle seine Handelspartner vor den Kopf. Scharfe Reaktionen konnten nicht ausbleiben. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigte auf ihrer Jahresversammlung im Dezember noch das meiste Verständnis für die britische Handlungsweise, forderte allerdings, außenpolitische Maßnahmen in ein rechtes Verhältnis zu anderen Stabilisierungsmaßnahmen zu bringen. Schärfer schon reagierten die sechs EWG-Staaten. Wenn Großbritannien auch nicht Mitglied der EWG ist und dieses Thema vorläufig auch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden wird, so sind die Handelsverflechtungen der EWG mit England doch so stark, daß die Zollerhöhungen ohne vorherige Konsultation der Betroffenen „als der Lage nicht angemessen“ betrachtet werden. Tatsächlich sind 63 vH der EWG-Exporte nach Großbritannien von der neuen Maßnahme betroffen, die deutschen Ausfuhren sogar zu 84 vH, denn Maschinen und Transportmaterialien sind von dem neuen Zoll zu 100 und chemische Produkte zu 90 vH betroffen.

Ein besonderer Schlag war der englische Sonderzoll natürlich für die EFTA-Partner, die ebenfalls nicht vorher konsultiert oder auch nur unterrichtet worden waren. Nüchtern betrachtet, bedeutet dieses Ereignis eine Bankrotterklärung der Idee der EFTA, denn was soll eine Freihandelsassoziation, wenn eines ihrer Mitglieder, und zwar das wirtschaftlich bedeutendste, einen derartigen Alleingang macht. Die Debatte, die im EFTA-Konsultativrat in

2) Fritz Baade, „Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt“, 2. Auflage, Baden-Baden 1963, S. 177 ff.

3) Das Gegenargument, das zu Baades These gegeben wurde, daß nämlich derartige Nahrungsmittelgeschenke die heimische Wirtschaft in den Entwicklungsländern lahmen würden, ist nicht stichhaltig, denn diese Nahrungsmittel dürfen natürlich nicht als „Armenspeisung“ kostenlos verteilt, sondern nur als Entgelt für zivile Aufbauleistung abgegeben werden. Marokko und Tunesien z. B. haben bewiesen, daß man amerikanisches Überschußgetreide in Straßen, Stauseen, Bewässerungskanäle, Waldgürtel usw. verwandeln kann.

Genf darüber geführt wurde, war auch entsprechend scharf und konnte nur dadurch mehr oder weniger befriedigend abgeschlossen werden, daß England bekantgab, es handele sich nur um eine nach Monaten bemessene Maßnahme, die schrittweise rückgängig gemacht werden solle.

Versuche, die EFTA-Staaten dabei zu bevorzugen, wurden sogleich von Paris blockiert, wo man erklärte, in einem solchen Fall mit einem Veto den Kredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 400 Mill. \$ zu verhindern, auf den Großbritannien dringend angewiesen ist. Im Auswärtigen Amt sprach man von einer Erpressung, und die EFTA-Partner sind nun doppelt geschädigt, denn laut Vertrag müssen sie am 1. Januar 1965 ihre Einfuhrzölle um 10 vH reduzieren und damit ihre Grenzen für britische Waren noch weiter öffnen.

Der Fall Großbritanniens zeigt, daß Wirtschafts- oder Zollgemeinschaften doch sehr krisenanfällig sind, solange die nationalen Volkswirtschaften mit einer eigenständigen Wirtschaftspolitik fortbestehen. Großbritannien hat sicher allen Grund, eine Stabilisierungspolitik einzuleiten, aber es ging dabei so vor, als gäbe es keine EFTA, keine OECD und keine EWG. Dies zeigt, wie sehr doch noch alles eine Fassade ist, die nur bei schönem Wetter feststeht.

Zögernde deutsche Initiative

Der einmal eingeschlagene Weg, über eine Senkung des deutschen Getreidepreises den ersten Schritt hin auf einen gemeinsamen Agrarmarkt zu tun, war lange genug von der Bundesrepublik blockiert worden. Erst gegen Ende des Jahres wagte Bundeskanzler *Erhard* einen Schritt, der ihn ein Jahr zuvor sicherlich weniger gekostet hätte: die Erklärung der Bereitschaft zu einer Annäherung des deutschen Weizenpreises an einen europäischen Mittelwert. Der Preis, den die Grüne Front dafür verlangte und auch zugesichert bekam, umfaßt alles in allem die Kleinigkeit von 5,3 Md. DM aus dem Bundeshaushalt bis 1970 zuzüglich 1,1 Md. DM aus dem EWG-Ausgleichsfonds. Es besteht der Verdacht, daß diese Mittel kaum dazu verwendet werden, die nun überfällige Strukturwandlung auch durchzuführen. Die Agrarfrage jedenfalls werden wir nach wie vor obenan auf der Tagesordnung behalten, wenngleich Bonn nun vielleicht den Weg zu weiteren Aktionen freigeschaufelt hat.

Dieser Sprung in ein durch Milliardenpenden vorgewärmtes Wasser, den Kanzler *Erhard* wagte, war vielleicht auch die Folge der kühlen Aufnahme der kurz zuvor überreichten Bonner Vorschläge für eine Beschleunigung der europäischen Einigung. Aber auch hier hatte man nicht viel mehr anzubieten als zusätz-

lichen Zollabbau und regelmäßige Konsultationen. Dem Europäischen Parlament wurde wiederum nur eine Rolle am Rande zugeordnet. Wie wenig verbindlich Konsultationsverpflichtungen sind, haben wir im letzten Jahr verschiedentlich erfahren, und es ist in der Tat müßig, heute von politischen Unionen zu sprechen, wenn man sich auf dem ökonomischen Sektor über die Landwirtschaft und auf außerwirtschaftlichem über die Verteidigungskonzeption nicht einig ist.

Nach all diesem darf aber eine erfreuliche Entwicklung nicht übersehen werden. Trotz anfänglicher Hindernisse haben sich die sechs EWG-Staaten im Rahmen der Kennedy-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) mit einer sehr bescheidenen Ausnahmeliste rechtzeitig in Genf eingefunden. Das heißt mit anderen Worten, daß nur ein knappes Fünftel der zollpflichtigen Einfuhren in die EWG von der geplanten allgemeinen Zollsenkung um 50 vH im Weltmaßstab ausgenommen werden soll. Durch diese Einigung haben nicht nur die EWG-Partner wieder zueinander Vertrauen gefaßt, sondern auch die Partnerländer des GATT, und die Entwicklungsländer erkennen die Bereitschaft der beiden Gruppen EWG und EFTA zu einer liberalen und weltoffenen Handelspolitik.

Dr. Wolf Donner

TAGUNGEN

Generalkonferenz der UNESCO

Die 13. Sitzung der Generalkonferenz der UNESCO, der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen, fand vom 20. Oktober bis 20. November 1964 in Paris im Gebäude der UNESCO statt. Am Beginn der Sitzung hatte die Organisation 115 Mitglieder, die sich während der Tagung auf 117 erhöhten, da Malawi und Zambia, zwei afrikanische Staaten, um ihre Mitgliedschaft nachsuchten und sie erhielten.

Die Generalkonferenz, zu deren Präsident Professor *Korair M. Sissakian*, ein Biochemiker und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gewählt wurde, hat die Aufgabe, jeweils den Haushalt und die weitere Politik der Organisation für die nächsten zwei Jahre zu bestimmen.

Die Konferenz billigte für 1965/66 ein Budget von 48 857 000 Dollar (1963/64 39 Millionen), an dessen Aufkommen die Mitgliedstaaten anteilmäßig beteiligt sind. Der Beitrag richtet sich nach der Bevölkerungszahl und dem Volkseinkommen. Den höchsten Beitrag

zahlen die Vereinigten Staaten, gefolgt von der Sowjetunion und der Bundesrepublik. In der Versammlung hat jedes Mitgliedsland eine Stimme, mit Ausnahme der UdSSR, die, wie in den UN, über drei Stimmen verfügt, neben der Sowjetunion noch für die Ukraine und Weißrußland.

Dem Betrag von rund 49 Millionen Dollar müssen weitere 50 Millionen Dollar hinzugerechnet werden, die für besondere Vorhaben auf Anforderung von einzelnen Mitgliedstaaten aus UN-Mitteln, z. B. dem Technischen Hilfsprogramm und dem Sonderfonds, finanziert werden. Diese Mittel kommen aus freiwilligen Spenden der Mitglieder. Die der UNESCO für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich demnach für die nächsten zwei Jahre auf knapp 100 Millionen Dollar. Man muß allerdings berücksichtigen, daß die UNESCO eher wie eine Clearingstelle oder ein Entwicklungshilfeunternehmen tätig wird, die auf Anforderung Pläne entwickelt und initiativ und beratend wirkt; die Staaten, die UNESCO-Hilfe erhalten, müssen wesentlich beisteuern und diese Hilfe z. T. zurückzahlen.

An dem Programm der nächsten zwei Jahre, das von der Generalversammlung verabschiedet wurde, ist bemerkenswert, daß es die Erwachsenenbildung in Entwicklungsländern in den Vordergrund gerückt hat, und zwar soll das Analphabetentum derjenigen behoben werden, die nicht in Grundschulen gegangen sind. Die Konferenz verabschiedete ein Dreistufenprogramm gegen den Analphabetismus in der Welt (gegenwärtig gibt es 700 Millionen Analphabeten), dessen erster, experimenteller Abschnitt von 1966 bis 1968 in acht ausgewählten Ländern der Erde durchgeführt wird; 1969/70 sollen die gewonnenen Erfahrungen ausgewertet werden — die Auswertung wird das Internationale Institut für Erziehungsplanung in Paris vornehmen und die Generalkonferenz 1970 wird entscheiden, welche Schritte als dritte Stufe zu unternehmen sind. Besonderer Nachdruck wird hier auf die Erziehungsplanung gelegt.

Der außerschulischen Jugendarbeit ist, angeregt durch die Weltjugendkonferenz der UNESCO Ende August 1964 in Grenoble, besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden: Freizeitgestaltung, Vorbereitung auf das Berufsleben usw. Man geht davon aus, daß sich die Bevölkerung der Welt überwiegend in jugendlichem Alter befindet und war der Meinung, daß das traditionelle Schulwesen nicht mehr genügt. Die Generalkonferenz beschloß die Gründung eines Ausschusses für außerschulische Jugendarbeit, in den 24 Mitgliedstaaten Delegierte entsenden sollen.

Diese drei Punkte: Bekämpfung des Analphabetismus, Intensivierung der Bildungsplanung und der außerschulischen Jugendarbeit

haben das besondere Interesse der Delegierten gefunden. Zu dem Dreistufenplan gegen die Ausbreitung des Analphabetismus z. B. sprachen 54 Delegierte; es mußte eine Nachsitzung abgehalten werden, der Plan wurde dann einstimmig per Akklamation angenommen.

Für gleichbedeutend wurde von der Konferenz die Ausbreitung der naturwissenschaftlichen Arbeitsweise zur Lösung der Entwicklungsprobleme gehalten. Die Delegierten verabschiedeten eine Reihe von Programmen, die darauf abzielen, die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Grundlagen und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Entwicklungsländern zu intensivieren und die Anwendung von Wissenschaft und Technik für die Entwicklungsländer zu fördern.

Die innere Organisation der UNESCO wurde zugunsten dieser Schwerpunkte vereinfacht. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag des Generaldirektors der UNESCO, *Rene Maheu*, zu, nurmehr fünf Hauptabteilungen (statt bisher sieben) mit der Arbeit zu betrauen. Die beiden Abteilungen der UNESCO — Erziehung und Naturwissenschaften — sollen von der Arbeit der anderen beiden Abteilungen — Informationswesen und internationaler Austauschdienst sowie Sozial- und Geisteswissenschaften — profitieren. Wichtig sind hier vor allem die Aufgaben der letztgenannten Abteilung, die u. a. den Kampf gegen die Rassenvorurteile unterstützen soll. So wird eine neue Reihe von Veröffentlichungen „Menschenrechte in der heutigen Gesellschaft“ vorbereitet und auf einer Tagung, die 1966 stattfinden wird, soll die Erklärung über die menschliche Rasse, die im August 1964 in Moskau von Biologen, Genetikern und Anthropologen vorbereitet wurde, ihre endgültige, verabschiedungsreife Form erhalten; auch die ökonomischen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung und die Friedensforschung (Studien, die zusammen mit den UN betrieben werden) sind Aufgaben dieser Abteilung.

Übrigens gilt für alle Programme und Aufgaben, daß sie selten allein von der UNESCO durchgeführt werden; fast immer sind eine oder mehrere Organisationen der UN mitbeteiligt und die Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen, Spezialisten und Institutionen kann nicht mehr weggedacht werden. So berichtete Generaldirektor Maheu der Konferenz, daß auf seinen Vorschlag 1963 ein Übereinkommen "mit dem Internationalen Rat wissenschaftlicher Vereinigungen (ICSU) getroffen worden sei. Danach übernimmt die ICSU mit ihren Ausschüssen und Fachorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung des Programms für die Förderung der Naturwissenschaften die Funktionen eines Beirates, die vorher von ad hoc-Komitees bei der zuständigen UNESCO-Abteilung erledigt

wurden. Maheu will versuchen, die gleiche Form der Zusammenarbeit im Interesse der Erziehung z. B. mit den Lehrerorganisationen zu erreichen.

Über die deutsche Beteiligung an der 13. Generalkonferenz berichtete der Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Dr. Zeit, einigen Journalisten, die an UNESCO-Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris teilgenommen haben, auf einer Zusammenkunft in Köln. Dr. Zeit sagte, daß eine merkwürdige Verschiebung der politischen Konstellation eingetreten sei. Noch vor vier Jahren — die Konferenz findet alle zwei Jahre statt — sei der Ost-West-Gegensatz beherrschend gewesen. Der Ostblock sei wirklich ein festgefügt Block gewesen, mit dem immer ein Teil der Entwicklungsländer gestimmt habe. Bereits vor zwei Jahren habe sich eine gewisse Lockerung bemerkbar gemacht, und auf dieser Konferenz war die Blockbildung verschwunden. Die UdSSR wurde mit ihren Anträgen oft allein gelassen. Staaten des Ostblocks sprachen für Anträge der Bundesrepublik, wie z. B. im Falle des Antrages zur Erhaltung der Naturschutzgebiete, für den als erster ein Delegierter der CSSR sprach. Allerdings sei an die Stelle des bisherigen Gegensatzes eine Aufsplitterung nach Nord und Süd getreten, wobei sich die Gruppe Nord aus den Industriestaaten und die Gruppe Süd aus den Entwicklungsländern bildete. Das machte sich vor allem bei den Anträgen bemerkbar, die finanzielle Verpflichtungen zur Folge hatten. Während sich die Industriestaaten hier weniger zustimmungsfreudig zeigten, fragten die Delegierten der Entwicklungsländer nicht nach dem Preis, sondern nach der Notwendigkeit.

Obwohl die Delegation der Bundesrepublik sich bei dem Ausschluß Portugals aus der UNESCO der Stimme enthielt — was keinen guten Eindruck machte —, bekam sie wieder einen Sitz im Exekutivrat, in den 30 Nationen Vertreter entsenden.

Dr. Zeit führte aus, daß sich das Interesse der Bundesrepublik vor allem auf drei Punkte konzentrierte:

1. Sie wollte wieder in den Exekutivrat gewählt werden, was ihr gelang: Dr. von Meerkatz wurde mit 92 von 111 Stimmen gewählt, der holländische Delegierte verlor dagegen seinen Sitz.

2. Sie wollte, daß die DDR auf keinen Fall Mitglied der UNESCO, ja, daß sie nicht einmal als Nichtmitglied zu irgendeiner Konferenz geladen würde. Ein belgisch-österreichischer Vorschlag, eine regionale Erziehungskonferenz für Europa einzuberufen, wurde von dem Delegierten der UdSSR dahingehend erweitert, auch Nichtmitglieder zuzulassen, was nichts anderes bezweckte, als die DDR zu beteiligen. Die Delegierten der Entwicklungsländer, die ursprünglich nicht Stellung nehmen wollten, wurden von den Vertretern der Bundesrepublik mit dem Hinweis auf Portugal, das dann auch teilnehmen könne, gegen diesen Erweiterungsantrag gewonnen.

3. Das Hamburger UNESCO-Institut soll weiter als solches bestehenbleiben. Als eine Stätte der kulturellen und wissenschaftlichen Begegnung zwischen Ost und West hat es sich als sehr nützlich erwiesen. So war hier z. B. bisher die einzige Stelle, die Delegationen von Ostblockgewerkschaften einlud und mit ihnen Informationsreisen durch die Bundesrepublik organisierte. *Annemarie Zimmermann*

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Aus der Arbeit der Evang.-Luth. Volkshochschule Alexandersbad

In der Reihe der 15 evangelischen ländlichen Heimvolkshochschulen, die es in der Bundesrepublik gibt, nimmt die *Evangelisch-Lutherische Volkshochschule Alexandersbad* im oberfränkischen Fichtelgebirge eine Sonderstellung ein; denn von einer ländlichen Heimvolkshochschule erwartet man in der Regel, daß sie sich hauptsächlich oder ausschließlich mit den Problemen des bäuerlichen Landvolkes auseinandersetzt.

In Alexandersbad liegen die Verhältnisse anders. Überfranken ist stark industrialisiert. Betrachtet man nämlich die oberfränkische

Wirtschaftsstruktur unter Berücksichtigung der Bevölkerungschichte, dann ist dieser nordöstliche Teil Bayerns im Winkel zwischen der Zonengrenze und der Grenze nach der Tschechoslowakei stärker industrialisiert als der Raum um Nürnberg und Fürth. Von daher stellen sich der oberfränkischen Heimstätte für die Jugend- und Erwachsenenbildung die besonderen Aufgaben und Probleme. Seit Errichtung der Schule im Sommer 1958 hat man daher die doppelte Aufgabenstellung im Auge behalten, einerseits die Fragen des bäuerlichen Menschen in dieser Situation eines tiefgreifenden Umbruchs in der Landwirtschaft ernst zu nehmen, andererseits dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft Möglichkeiten der Bildung und der Neuorientierung zu erschließen.

Was für jede evangelische Heimvolkshochschule charakteristisch ist, das trifft an diesem Punkt auch für Alexandersbad zu. Man

sucht die Probleme dieser Zeit von der Sache her, und zwar unter Zugrundelegung des christlichen Welt- und Menschenverständnisses, anzupacken. Die Methode, die dabei zur Anwendung gelangt, ist von Lehrgang zu Lehrgang, von Seminar zu Seminar verschieden. Doch hat man während der nunmehr sechsjährigen Zeit des Bestehens der Schule die Erfahrung gemacht, daß *Begegnung* und vorurteilsfreies *Gespräch* zu den wesentlichsten Bildungsfaktoren gehören. Der moderne Zweckbau, inmitten einer reizvollen Waldlandschaft gelegen, bietet mit seinen rund 130 Übernachtungsmöglichkeiten die äußeren Voraussetzungen für derartige Vorhaben.

Nicht zufällig wird ein Teil der Alexandersbader Tagungen als „Gespräche“ bezeichnet. Zu den ersten Veranstaltungen dieser Art gehörten die sogenannten *Mitarbeitergespräche*. Es sind Wochenendtagungen für Arbeiter und Angestellte aus Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Indem man über vier oder fünf Wochenenden hinweg jeweils denselben Besucherkreis, meist nicht mehr als 30 Teilnehmer, in die Volkshochschule einlud, ergab sich die Möglichkeit, die Fragen des Menschen im Industriebetrieb, mit den Gesprächsthemen: der Mensch, die Arbeit, die Mitarbeit, der Lohn, der Betrieb, von sachlichen und persönlichen Gesichtspunkten aus zu besprechen und so zu einem ähnlichen Resultat zu gelangen, wie dies ein 8- bis 10tägiges Bildungsseminar zu leisten vermag. Ein Kurzreferat bzw. eine biblische Besinnung zum Thema leiten am Freitagabend die Gespräche ein. In kleinen Gruppendiskussionen tauschen die Teilnehmer ihre Gedanken ohne Mitwirkung des Gesprächsleiters unter sich aus. Ein zusammenfassendes Abschlußgespräch beendet die Tagung am Spätnachmittag des Samstag jeweils so, daß die aus einem verkehrsmäßig günstig gelegenen Umkreis kommenden Männer und Frauen am Samstagabend bzw. Sonntag wieder bei ihrer Familie sein können.

Fragen des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens stehen zur Diskussion, wenn Unternehmer und Verantwortliche aus Bereichen des öffentlichen Lebens (Wirtschaftler, Ärzte, Erzieher, Juristen u. a.) zu den als *Unternehmergespräche* bezeichneten eintägigen Veranstaltungen ins Haus kommen. „Manipulationen am Menschen“, „Tabus unserer Zeit“, „Fortschritt?“ lauteten die letzten Jahresthemen, zu denen namhafte Experten, Pädagogen, Soziologen, Politiker, Theologen, Mediziner und Kulturkritiker das Wort ergriffen. Auch hier ist dem Rundgespräch ein breiter Raum offengehalten.

Ein weiteres Experiment, das sich andernorts bereits als aussichtsreich erwiesen hat, begann die Alexandersbader Volkshochschule unlängst, als sie Industriebetriebe ihres Einzugsgebietes zu *Querschnittsgesprächen* einlud. Bekanntlich geht es bei solchen Veranstaltungen

darum zu erreichen, daß Angehörige ein und derselben Firma von Betriebsleitung und Belegschaft gemeinsam konkrete Probleme ihres Betriebes zur Sprache bringen. Diese Tagungen stellen einen Versuch dar; es ist beabsichtigt, weitere Querschnittsgespräche in der Volkshochschule abzuhalten.

Als ein erfreuliches Ergebnis ihrer bisherigen Arbeit kann diese oberfränkische Bildungsstätte die Tatsache buchen, daß Vertreter der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite das Alexandersbader Haus als einen Ort des vertrauensvollen Meinungsaustausches in grundsätzlichen wie in praktischen Fragen des Betriebslebens betrachten. So treffen sich in zwangloser Folge Theologen und Angehörige des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Volkshochschule, andererseits besteht ein kleiner Gesprächskreis zwischen DGB-Vertretern der benachbarten Kreisausschüsse (Marktredwitz, Hof, Bayreuth, Pegnitz) auf der einen und Unternehmern auf der anderen Seite. Dies geschieht jeweils in Verbindung mit dem Sozialpfarrer der bayerischen Landeskirche bzw. mit dessen Mitarbeitern.

Der andere Schwerpunkt der Alexandersbader Bildungsarbeit liegt, wie erwähnt, bei den Problemen des bäuerlichen Landvolkes und kommt vor allem der Landjugend zugute. Hier stehen langfristige *Orientierungslehrgänge* für junge Menschen vom Land im Vordergrund. Das Mindestalter der Teilnehmer ist das 17. Lebensjahr. Die Kurse liegen naturgemäß im Winterhalbjahr und dauern von November bis März des darauffolgenden Jahres. Die Thematik zielt auf die Horizontenerweiterung des Jungbauern bzw. der Jungbäuerin ab. Man könnte die Definition, die der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen erarbeitet hat, für diese Alexandersbader Winterkurse so abwandeln, daß man sagt: Bildungsziel dieser Kurse ist, daß der junge Mensch vom Land sich selbst und seine Welt besser verstehen lernt, um dann diesem Verständnis gemäß — als Christ in der Zeit — zu handeln. — Neben den allgemeinbildenden Themen werden u. a. landwirtschaftliche, agrarwirtschaftliche bzw. -soziologische Fragen erörtert. Die Lehrgangsteilnehmerinnen haben ferner Gelegenheit, hauswirtschaftliche und musische Übungen zu betreiben.

Zur Begegnung zwischen jung und alt kommt es, wenn im Januar jeden Jahres Bauern, im Februar Bäuerinnen zu *Seminaren* und *Erholungsfreizeiten* Alexandersbad aufsuchen. Diese 8- bis 14tägigen Veranstaltungen stehen jeweils unter einem aktuellen landwirtschaftlichen oder agrarpolitischen Thema. Speziell in den Bauernfreizeiten soll den Teilnehmern die durch die EWG bedingte neue Situation zu Bewußtsein gebracht und konkrete Hilfe für eine Bewältigung der evtl. auftretenden Schwierigkeiten geboten werden.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen, daß die Volkshochschule in den Pausen zwischen den eigenen Veranstaltungen von den verschiedensten Personengruppen als Tagungsstätte benützt wird. Auf diese Weise ergänzen beispielsweise Wochenendgespräche mit Überschülern, Studententreffen oder Tagungen mit der Evangelischen Akademie Tutzing das vielgestaltige Volkshochschul-Programm.

Eine Bestätigung der bisher in Alexandersbad für den nord- und ostbayerischen Raum geleisteten Bildungsarbeit wird man an der Tatsache ablesen können, daß sich das großzügig gebaute Haus bereits als zu klein erwiesen hat. Inzwischen konnte mit einem Erweiterungsbau begonnen werden, der in Gestalt eines Heimes für Betriebsjugend in Alexandersbad errichtet wird. *Gerhard Wehr*

AUSSPRACHE

Die arbeits- und sozialrechtliche Schulung wird von unseren Betriebsratsmitgliedern nicht ernst genug betrieben

Trotz laufender Hinweise des DGB und der in ihm vereinigten Gewerkschaften auf die Notwendigkeit der Schulung von Betriebsratsmitgliedern, insbesondere auch auf arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet, läßt die Teilnahmebereitschaft der Betriebsratsmitglieder sehr zu wünschen übrig.

Früher wurde häufig der Vorwurf erhoben, daß von Seiten der Gewerkschaften auf diesem Sektor nicht genügend getan werde, daß also zuwenig Schulungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt würden. Unterstellt man einmal, ein solcher Vorwurf wäre früher einmal berechtigt gewesen, so steht heute jedenfalls fest, daß die Gewerkschaften sich schon seit Jahren um eine aktive Teilnahme der Betriebsratskollegen an den bestehenden Schulungsmaßnahmen bemühen. Es bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, denn jedes Betriebsratsmitglied muß sich darüber klar sein, daß sich das Wissen seines auf der betriebsverfassungsrechtlichen Ebene in Betracht kommenden Partners, also des Arbeitgebers, soweit es sich um Rechtskenntnisse handelt, ständig erweitert.

Die Arbeitgeberverbände haben schon seit langem der immer schwieriger werdenden Materie des Arbeits- und Sozialrechts und der immer umfassender werdenden Rechtsprechung dadurch Rechnung getragen, daß sie Personalleiterschulungen, und zwar regelmäßig, auf örtlicher Ebene durchführen.

Sehen wir nun der weiteren Tatsache offen ins Auge, daß es den Angestellten einer Personalabteilung oder den Personalleitern, die sich schon in ihrer beruflichen Tätigkeit seit vielen Jahren, mit dieser Materie beschäftigen müssen, leichter fällt, sich das arbeitsrechtliche Rüstzeug zu verschaffen, als unseren Betriebsratskollegen, die einer ganz anderen beruflichen Tätigkeit nachgehen, und es daher viel

schwerer haben, sich in dieser so umfassenden und komplizierten Materie zurechtzufinden, so zwingt gerade dieser Umstand zu der unabweisbaren Forderung, daß sich alle Betriebsratsmitglieder, und nicht nur einzelne oder der Betriebsratsvorsitzende, an unseren Schulungen beteiligen. Es geht auch heute nicht mehr an, eine solche Schulung nur im Winterhalbjahr durchzuführen und dann während der Sommermonate eine Pause einzulegen. Abgesehen davon, daß das in einem Winterhalbjahr erworbene Wissen durch eine längere Unterbrechung z. T. wieder vergessen wird, muß jeder bedenken, daß es während der Sommermonate auch keinen Stillstand der Rechtspflege auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts gibt. Gerade im Interesse der Arbeitnehmer ist daher auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts für „Gerichtsferien“ kein Raum.

Das war der Grund, weshalb der DGB schon seit vielen Jahren im Rahmen seines Bildungsprogramms zum Teil sogar mehrere arbeitsrechtliche Lehrgänge eingeführt hat, die in einem 14tägigen Turnus mit je 1V2 Stunden fortlaufend durchgeführt werden.

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß diese Lehrgänge Erfolg gehabt haben für unsere Kollegen, für ihre Arbeit in ihrem Betrieb, aber auch für manchen Teilnehmer, der inzwischen als Arbeits- oder Sozialrichter tätig ist. Die Erfolge zeichnen sich eindeutig ab.

Dennoch ist die Beteiligung auch in diesem Bereich auf keinen Fall befriedigend. Es kann einfach nicht angehen, daß von z. B. etwa 3000 organisierten Betriebsratsmitgliedern nur 350 = etwa 10 Prozent an einer solchen Schulung teilnehmen. Hinzu kommt, daß häufig von Großbetrieben, wenn überhaupt, weniger Betriebsratsmitglieder an diesen Schulungen teilnehmen, als von Mittel- und Kleinbetrieben. Obwohl es dem Regelfall entspricht, daß in Großbetrieben die Betriebsrats-tätigkeit viel reger ist und auch die Streitfälle und Auslegungsfragen in ganz massiver Form auf den Betriebsrat zukommen, gibt es eine ganze Reihe von Betriebsräten in Großbetrieben, die nicht ein einziges Mitglied ihres Betriebsrats diesen Lehrgängen zuführen. Das aber ist untragbar.

Lesen wir einmal nach, was das BAG in seiner Entscheidung z.B. vom 10. 11. 1954 — 1 AZR 19/53 — zur Notwendigkeit der Aneignung des arbeitsrechtlichen Wissens eines Betriebsratsmitgliedes zum Ausdruck bringt:

„Hierhin gehört nicht nur die eigentliche konkrete Wahrnehmung der Betriebsratsaufgaben im Betrieb selbst. Zur Durchführung der Aufgaben eines Betriebsrats gehört auch das Wissen um die Aufgaben, um die vom Gesetz geforderte Art und Weise ihrer Durchführung im Betrieb. Das Wissen um die Aufgaben selbst und um ihre praktische Durchführung ist so eng mit der Durchführung der Betriebsratsaufgaben verbunden, daß eine Trennung dieser Momente durchaus lebensfremd wäre. Es ist daher der Wirklichkeit und den Bedürfnissen des Betriebslebens angemessen, zur Wahrnehmung der Betriebsratsaufgaben auch die Teilnahme an solchen Betriebsratslehrgängen oder Betriebsratskonferenzen gehören zu lassen, die sich unmittelbar und ausschließlich mit den Aufgaben des Betriebsrats und ihrer Verwirklichung im Betrieb nach dem BVG befassen. Die Kenntnis des „was“ und „wie“ der Aufgaben des Betriebsrats nach dem BVG sind derart allernächste Vorbedingungen der Aufgabenerfüllung des Betriebsrats im Betrieb, daß die Erfüllung dieser Bedingungen zur Aufgabenerfüllung selbst gerechnet werden muß ...“

An anderer Stelle führt das BAG aus:

„... . Es kann auch berechtigterweise nichts dagegen eingewandt werden, daß diese Betriebsratskonferenzen durch Gewerkschaften veranstaltet werden. Gem. § 49 BVG ist der Betriebsrat berechtigt, sich durch einen Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb während einer Betriebsratssitzung Kenntnisse vermitteln zu lassen, die für die Aufgabenerfüllung im Betrieb erforderlich sind. Ist dies aber statthaft, so ist es nicht einzusehen, warum nicht bei bestimmten, mehrere Betriebe in gleicher Weise berührenden Fragen, Mitglieder der Betriebsräte der verschiedenen Betriebe zusammenkommen können, um die für die betriebliche Aufgabenerfüllung unmittelbar erforderliche Kenntnisvermittlung mit möglichst wenig Zeitversäumnis unter möglichst wenig Umständen zu erhalten ...“

Nun wird oft von Betriebsratskollegen eingewandt, daß sie durch die herausgegebene Literatur, also insbesondere auch die „Arbeitsrechtlichen Informationen“, in ausreichender Weise über arbeitsrechtliche Fragen unterrichtet würden. Wer glaubt, allein mit dem Lesen solcher Fachzeitschriften seine Aufgaben als Betriebsratsmitglied erfüllen zu können, der irrt gewaltig. Alle wissenschaftlichen Abhandlungen, insbesondere in Kurzform, wie unsere „Arbeitsrechtlichen Informationen“, lassen zwangsläufig Fragen offen, die der Leser in aller Regel nicht zu beantworten vermag. Es tauchen daher häufig Zweifel oder Zweifels-

fragen auf, die nur im persönlichen Gespräch oder aber im Rahmen von Schulungen, aufgeklärt bzw. beseitigt werden können.

Die Schulung wird immer eine schriftliche Unterweisung und eine mündliche Unterrichtung umfassen müssen, wobei der mündlichen Unterweisung der Vorzug gegeben werden muß. Nur durch laufende Übung und fortlaufende Wiederholung wird das Wissen um die einzelnen Probleme fruchtbar. Das sollten alle Betriebsratsmitglieder wissen!

Der DGB ist sich seiner Verantwortung auch auf diesem Sektor, der Schulungs- und Bildungsarbeit, voll und bewusst. Jetzt geht es darum, daß unsere Kollegen die bestehenden Möglichkeiten ausnutzen. Jeder sollte wissen: wer führen und damit gleichzeitig dienen will, dienen den Arbeitnehmern und darüber hinaus der Allgemeinheit, kann erfolgreich nur wirken, wenn er das erforderliche Wissen hat.
Günther Hoppe, Hilden

BUCHBESPRECHUNGEN

THOMAS ELLWEIN

DAS REGIERUNGSSYSTEM
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Leitfaden und Quellenbuch. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1963, 2 Bd., zus. XI und 630 S., kart. 44,50 DM, Ln. 49,—DM.

Das vorliegende Buch bemüht sich, eine entscheidende Lücke der politikwissenschaftlichen Publikationen in Deutschland zu schließen. Nach Art der angelsächsischen Regierungssystem-Darstellungen versucht es, die deutschen Verhältnisse überschaubar auszubreiten. Mit dieser verdienstvollen Intention hat das Buch aber auch eine verantwortungsvolle Aufgabe übernommen; nämlich eine breit angelegte Darstellung von politischen Institutionen und politischem Prozeß in der Bundesrepublik für Politik-Wissenschaftler und interessierte Laien bereitzustellen.

Dieser Versuch einer Ausbreitung der politischen Zusammenhänge ist im großen und ganzen gelungen. Es sei hier aber gestattet, auf einige kleine Schönheitsfehler des erfreulichen Werkes hinzuweisen:

1. Es ist unverständlich und von der Systematik her unrichtig, daß die Ausführungen über das westdeutsche Regierungssystem im Leitfaden mit einem ersten Kapitel „Fragen des Sozialstaates“ (1.1) eröffnet werden. Die Problematik, die mit dem Begriff des Sozialstaates zusammenhängt, gehört an den Schluß

THOMAS ELLWEIN POLITISCHE
VERHALTENSLEHRE

Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964. Paperback 9,80 DM.

des Buches, wo sie dann auch im Kapitel „Rechtsstaat und Sozialstaat als ungelöste Aufgaben“ wiederaufgenommen wird.

2. Bei der Darstellung der Exekutive sind einige Unterlassungssünden unterlaufen. Es fehlt beispielsweise die Beschreibung des Wirtschaftskabinetts und seiner Besetzung. Eine Darstellung des Bundesverteidigungsrates und seiner Funktion fehlt in dem Buch leider völlig. Die politisch in Deutschland nicht unproblematische Organisation der militärischen Streitkräfte Westdeutschlands hätte in einem eigenen Kapitel untersucht werden müssen.

3. Im Kapitel „Formen und Einflüsse der Verbände“ geht Ellwein sehr schnell zu einer Typologie der Verbände über. Vorher werden als „Einzelbeispiele“ der Deutsche Bauernverband, der Bayrische Lehrer- und Lehrerinnenverband, die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und die Kirchen kurz beleuchtet. Es wäre zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, in dem Kapitel über Verbände eine kurze Darstellung der Struktur und Funktion der großen Verbände in Deutschland zu geben (das Organisationsstatut des DGB im Quellenbuch scheint mir beispielsweise nicht genügend Informationen über die deutschen Gewerkschaften zu liefern). Darüber hinaus wäre z. B. auf die halböffentliche Doppelfunktion des deutschen Kammerwesens (Handelskammern, Ärztekammern usw.) einzugehen, die ein typisches Merkmal deutschen Verbandslebens darstellen.

4. Ellwein schreibt auf S. 302, die Zuwachsrate des öffentlichen Haushaltes „beginne“ die Zuwachsrate des Sozialproduktes zu übersteigen, und er nennt dies alarmierend. Eine Erklärung für diesen Alarm bleibt er aber schuldig, und er sagt auch nicht, wie anders die Probleme einer wachsenden Industriegesellschaft gelöst werden können als durch öffentliche Mehrausgaben für gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

5. Die These Ellweins „In der Sozialpolitik gibt es viele Übereinstimmungen zwischen SPD und CDU“ (S. 91) scheint mir äußerst problematisch. Gerade auf diesem Gebiet zeigen sich in der Bundesrepublik noch entscheidende Gegensätze zwischen der von *Blank* für die CDU proklamierten „Notstandspolitik“ und den sozialdemokratischen Vorstellungen einer „Wohlfahrtspolitik der sozialen Sicherung“.

Die Aufzählung solcher kleiner Fehler und Unterlassungen ließe sich noch weiter fortsetzen; es bleibt nur zu hoffen, daß eine zweite durchgesehene Auflage diesen Schönheitsfehlern Rechnung trägt und damit dem politisch Interessierten wirklich das zur Verfügung stellt, was der Titel des Buches verspricht: Eine vollständige und einwandfreie Darstellung des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland.

Michael Hereth

Was bietet gewöhnlich die Literatur zur politischen Bildung? Darstellungen über Aufgaben und Ziele, also darüber, was sein sollte. Gelegentlich auch Beiträge zur Institutionskunde, jedoch meist mit recht veralteten Kategorien. Was fehlt, sind Hinweise, wie politische Bildung wirksam werden kann, sind Materialien für eine Handlungslehre. Ellwein versucht, sie mit seinem neuen Buch zu liefern, und der Praktiker der politischen Bildung kann in der Tat zahlreiche Anregungen daraus entnehmen. Allerdings warnt Ellwein davor, politische Bildung zu überfordern, denn sie könne nicht schicksalbestimmend sein, sondern nur korrigierend wirken. Dementsprechend hält Ellwein nichts davon, zur dauernden Beteiligung am politischen Leben zu ermuntern.

Er möchte jedoch zeigen, daß es entgegen der resignierenden Ansicht, in einer hochindustrialisierten und bürokratisierten Gesellschaft erschöpfe sich die Mitwirkung im Wahlakt, durchaus Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten für den Bürger gibt. Allerdings muß er dafür einige Voraussetzungen erfüllen. Er darf die Wirklichkeit weder idealisieren noch verteuflern. Er darf bei der Politik nicht nur die großen Ereignisse bedenken, sondern er muß sich für Konsum- oder Versicherungsfragen, für die Probleme der Gemeindeverwaltung oder der Verbandsorganisation interessieren. Er muß von der Sache etwas verstehen, zu der er Stellung nehmen will. Das heißt auch, er muß mit anderen zusammenarbeiten und sich der Rechtsmittel bedienen können, die zur Verfügung stehen.

Vor allem aber: er muß einen Sinn dafür entwickeln, wann und mit welchen Methoden Kritik zum Erfolg führt. Zwar fehlt in Deutschland vielfach noch das Verständnis für die Funktionen der Kritik, aber es ist schon viel gewonnen, wenn man den Behörden unbefangen, weder überheblich noch unterwürfig, gegenübertritt.

Auch auf das, was uns dabei hinderlich ist, macht Ellwein aufmerksam: Uns fällt es schwer, Vertrauen und Mißtrauen angemessen zu dosieren. Wir halten uns an Klischeevorstellungen, wie die von der „überparteilichkeit“, vom „Fraktionszwang“, vom „überfragten Wähler“. Wir möchten allzuoft Unvereinbares zugleich haben. Und wir sehen zu selten, daß auch in der Umständlichkeit der Prozeduren ein Vorzug liegen kann, daß auch indirekte Erfolge erzielt werden können, weil allein schon das Gefühl, kontrolliert zu werden, eine vorsichtigeren Ausübung der Macht bewirkt.

Ellwein versucht mit seinem Buch aber nicht nur eine angemessene Einstellung gegenüber der Politik zu bewirken, er gibt auch anhand von Beispielen Hinweise, was konkret getan werden kann. Der Leser erhält damit eine ganze Fülle von Rechtsmittelbelehrungen im weitesten Sinne des Wortes. Sie werden auf dem Hintergrund einer Verantwortungsethik im Sinne *Max Webers* gegeben. Aber daß sie dabei erfrischend lebensnah und unpräzise bleiben, möge ein Zitat belegen: „Keiner jungen Dame kann es verwehrt sein, im Umgang mit männlichen Behördenmitarbeitern ihre Reize ins Spiel zu bringen, und umgekehrt gibt es inzwischen längst auch Damen in der Verwaltung. Gefährlich ist bei all dem lediglich der Fehler, das Vordergründige. . . für das Eigentliche zu halten“ (S. 155).

Dr. Hans Tietgens

GUENTER LEWY
THE CATHOLIC CHURCH AND
NAZI GERMANY

McGraw-Hill Book Company, New York 1964. 416 Seiten.

JACQUES NOBÉOURT
«LE VICAIRE» ET L'HISTOIRE

Edition du Seuil, Paris 1964. 382 S., Paperback.

Diese beiden Bücher beweisen das intensive wissenschaftliche Interesse des Auslands an den Beziehungen des Dritten Reiches zur katholischen Kirche. Hoffentlich ist zumindest das erste der beiden Bücher, das das Thema allgemein, nicht nur in bezug auf das *Hochhuthsche* Stück, behandelt, bald in deutscher Übersetzung zugänglich. Der Verfasser ist ein amerikanischer Historiker deutscher Herkunft. Seine Arbeit ist eine sehr gedrängte, sehr reichhaltige und ergiebige Wiedergabe von Fakten und Dokumenten, ohne viel Kommentierungen und Bewertungen, ohne Beschuldigungen und Entschuldigungen. Die Würdigung wird in weitem Umfang dem Leser überlassen.

Neu ist vor allem die Verwertung von Urkunden aus den - Archiven mehrerer deutscher bischöflicher Ordinariate, die dem Verfasser zugänglich waren. So fällt einiges zusätzliche Licht auf die merkwürdige Schwenkung, die das deutsche Episkopat nach den Reichstagswahlen vom März 1933 vollzogen hat, veranlaßt durch Andeutungen des eben aus Rom zurückgekehrten Kardinals *Faulhaber* (München) über eine neuerdings positive Haltung der Kurie zur Hitlerregierung; ferner auf die Rolle von *Ludwig Kaas* bei der kampflösen Preisgabe der Zentrumspartei, deren Vorsitzender er seit 1928 gewesen war, schließlich auf den Beginn und Verlauf der Konkordatsgespräche, die so merkwürdig schnell und glatt vonstatten gingen — nachdem bis dahin ein Reichskonkordat an der Schulfrage gescheitert

war und auch das von dem damaligen Nuntius, nunmehrigen Kardinalstaatssekretär, späteren Papst *Pius XII.* ausgehandelte preußische Konkordat von 1929 die Schulfragen ausgeklammert hatte! Nun, mit der *Hitlerschen* Regierung und ihrem Vermittler *Papen* ging alles glatt; vor allem gingen die Wünsche des Vatikans in der Schulfrage ohne weiteres durch, und die neue Regierung konnte ihren ersten internationalen Triumph feiern.

Erschütternd ist das von Lewy ausgebreitete Tatsachenmaterial zur Judenfrage, von den Anfängen bis zur „Endlösung“. Die in Deutschland noch recht starken Rückstände der alten kirchlichen Judengegnerschaft haben einen ernsthaften Widerstand gegen die Judenverfolgungen kaum sichtbar werden lassen. Es kam nur zu Einzelprotesten und zu karitativen Hilfeleistungen, im Unterschied zu anderen Ländern.

Zu diesem Punkt bringt auch das Buch von *Nobécourt*, eines französischen Historikers und Redakteurs von *Le Monde*, viel Interessantes. Anhand der Wirkung des „Stellvertreter“ in Frankreich — in Paris wurde Hochhuths Stück ein Jahr lang täglich gespielt — wird untersucht, wo sich in der katholischen Kirche Widerstände gezeigt haben und wo nicht, und was sich über die Gründe und Hintergründe sagen läßt. Es zeigt sich, daß, von Frankreich aus gesehen, das „sonderbare Schweigen“ (*les silences singuliers*) des Vatikans zur „Endlösung“ schon lange vor dem Hochhuthschen Stück Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen war, ja schon in der Zeit dieses Schweigens selber von vielen französischen Katholiken schmerzlich empfunden wurde. So kamen auch die ersten offiziellen katholischen Proteste gegen die Judenverfolgungen aus Frankreich. In Frankreich hatte man schon zwischen den Kriegen das enge Verhältnis *Pacellis* (dem man mit Recht großen Einfluß und große Zukunft zuschrieb) zu Deutschland mißtrauisch beobachtet. Es lag nahe, sein Schweigen auf seine Befangenheit zugunsten Deutschlands zurückzuführen.

Man erinnert sich aus der ersten Zeit der Fehden um den „Stellvertreter“ des albernen Vorwurfs, es sei unfair und undankbar, den warmen Freund Deutschlands anzugreifen. Es ist interessant, die französische Perspektive dazu kennenzulernen. Nicht minder interessant ist der weitere Gesichtspunkt, auf den man durch die Lektüre der Dokumente beider Bücher gebracht wird: Die Kurie hat bei ihren Mahnungen an die Kriegführenden zur Menschlichkeit die Massenmorde an den europäischen Juden offenbar auch als Akte der Kriegführung gelten lassen, denen gegenüber sie zur Neutralität verpflichtet sei. Man erinnert sich der Entrüstung, die ein deutscher Publizist mit Recht erregte, als er vor einiger Zeit einen ähnlichen Standpunkt einnahm.

Dr. Richard Schmid

HUBERT HUGO HILF

EINFÜHRUNG IN DIE
ARBEITSWISSENSCHAFT

Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1964. Sammlung Götschen, Bd. 1212/1212a, kart. 5,80 DM.

Mit dieser Veröffentlichung legt Hilf eine gut gegliederte und straff gefaßte Einführung in das Gebiet der Arbeitswissenschaft vor. Er geht dabei weniger nach einer Einteilung vor, die sich durch die verschiedenen Disziplinen der Arbeitswissenschaft — Arbeitsmedizin, Arbeitspsychologie, Arbeitspädagogik u. a. m. — anbietet. Hier wird vielmehr der Weg beschritten, der alle Probleme, die bei der Bewältigung einer Arbeit entstehen, in der Reihenfolge ihres Auftretens aufzeigt und behandelt.

Dadurch wird die Vielfältigkeit der Disziplin „Arbeitswissenschaft“ besonders deutlich. Bei allen auftretenden Fragen reicht es eben nicht aus, nur die Vertreter eines Fachgebietes zu hören; die Zusammenarbeit aller Fakultäten in dem Bemühen um die Bewältigung der Probleme des Menschen und seiner Arbeit wird uns hier besonders eindringlich vor Augen geführt. Den einzelnen Wissenschaften wird nicht weiter nachgegangen; diese Beschränkung ist sicher berechtigt, um so mehr, als dem Leser durch ein umfassendes Literaturverzeichnis Gelegenheit gegeben ist, die entsprechende Fachliteratur heranzuziehen.

Bemerkenswert ist außerdem die Vielzahl der graphischen Darstellungen und Abbildungen, die im Zusammenhang mit den aus der Praxis entnommenen Beispielen auch demjenigen Leser, dem dieses Gebiet bisher fremd war, unmittelbaren Zugang zur Arbeitswissenschaft und ihren Anwendungsmöglichkeiten im betrieblichen Geschehen verschafft.

Besonders dankbar wird diese Schrift an Hochschulen und Ingenieurschulen aufgenommen werden, ist doch gerade hier seit einiger Zeit ein steigendes Interesse an Arbeitswissenschaft und Arbeitskunde zu beobachten.

Fritz von Gadow

WILHELM KRELLE

VERTEILUNGSTHEORIE

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1962. 299 S., brosch. 54,— DM, Ln. 59,— DM.

Im vorigen Jahrhundert suchten die Nationalökonomien eine Erklärung für die damals sehr großen Einkommensunterschiede zwischen den Produktionsmittelbesitzern und den von ihnen abhängig Beschäftigten. Die Verteilungstheorie war in jener Zeit das Kernstück der Nationalökonomie. Als die Einkommensunterschiede schwächer wurden, das Einkommensniveau allmählich anstieg und infolgedessen die soziale Frage nicht mehr so brennend war, ließ

auch das Interesse an der Verteilungstheorie nach. Wenn heute der Verteilungstheorie von den Wirtschaftswissenschaftlern wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann vor allem deshalb, weil sie „in gewisser Hinsicht die Krönung und der Abschluß der gesamten Wirtschaftstheorie“ ist, wie der Verfasser — Professor der Nationalökonomie an der Universität Bonn — im Vorwort schreibt: „Um die funktionelle Verteilung zu erklären, braucht man alle Theoriezweige, vor allem die Preis-, Lohn-, Einkommens- und Beschäftigungstheorie. Sie müssen zu einem einheitlichen System verbunden werden.“

Prof. Krelle hat sich an diese Aufgabe gemacht — und er hat sie in äußerst anregender Weise gelöst. Ihm ging es dabei in erster Linie um die Erklärung der *funktionellen* Einkommensverteilung, die nach der Entstehung der Einkommen im Produktionsprozeß fragt und die die Einkommen in Lohn, Gewinn, Zins und Grundrente einteilt, während mit der *personellen* Einkommensverteilung die Verteilung auf Personen und Haushalte gemeint ist.

Nach einer Übersicht über die Entwicklung der Einkommensverteilung während mehrerer Jahrzehnte in verschiedenen Ländern beschreibt Prof. Krelle knapp und treffend die vielen verschiedenen Verteilungstheorien, angefangen von *Smith* und *Ricardo* über *Marx*, *Lassalle* und *Oppenheimer* bis hin zu *Preisler*, *Fohl* und *Schneider*. Vier Erklärungsgründe schälen sich aus dem dogmengeschichtlichen Überblick heraus:

der Grad der Monopolisierung der Produktionsmittel,

die technischen Produktionsverhältnisse, der Kreislaufzusammenhang der Einnahmen- und Ausgabenströme und deren Bestimmungsgründe,

gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse.

Prof. Krelle entwickelt anschließend eine Verteilungstheorie, die den Zusammenhang des gesamten Wirtschaftsprozesses und das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren bei der Einkommensverteilung berücksichtigt. Von den eben angeführten Elementen vereinigt er die ersten drei in seiner Theorie. Dem letzten wird Rechnung getragen, „indem man die ‚exakten‘ Ergebnisse der Theorie als Annäherung an die Wirklichkeit auffaßt, die durch direkte Machteinflüsse in gewissem Maße verzerrt werden können; vor allem aber, indem eine wichtige Größe, der Lohnsatz, der machtmäßigen Bestimmung überlassen bleibt“.

Der Verfasser beginnt mit einer einzelwirtschaftlichen Verteilungstheorie, die erklärt, wie sich der Nettoerlös auf Lohnkosten und Gewinn aufteilt. Anschließend wird eine gesamtwirtschaftliche Verteilungstheorie dargestellt, der der allgemeine Kreislaufzusammenhang von Einnahmen und Ausgaben zugrunde-

liegt, wobei zwischen einer kurzfristigen, mehr konjunkturpolitischen Betrachtung und einer langfristigen, wachstumspolitischen Schau getrennt wird.

Zu den Ergebnissen der Untersuchung, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, gehört die Feststellung, daß eine Änderung der Einkommensverteilung nur im Rahmen einer relativ schmalen Bandbreite möglich ist. Deshalb ist es „ein dringendes Erfordernis langfristiger gesellschaftlicher und politischer Stabilität, für eine einigermaßen gleichmäßige Eigentumsverteilung zu sorgen, damit der dann relativ etwas größere Gewinn, der ja mit dem Eigentum verbunden ist, nicht nur einigen wenigen zufällt, sondern möglichst breit gestreut wird“. Das letzte Kapitel hat der Verfasser der personellen Einkommensverteilung gewidmet. Hier hat er eine Tendenz zu größerer Einkommensgleichheit festgestellt und begrüßt.

Der Verfasser hat sich der mathematischen Methode bedient und bei der praktischen Auswertung der langfristigen Verteilungstheorie eine elektronische Rechenmaschine benutzt. Der am Thema interessierte Leser sollte sich von den vielen mathematischen Formeln nicht abschrecken lassen und sich auf den Text konzentrieren. Im übrigen werden kurze verbale Zusammenfassungen der Methode und der Ergebnisse in mehreren Kapiteln gebracht.

Günter Fehl

FERDINAND LASSALLE

AUS SEINEN REDEN UND SCHRIFTEN

Mit einer Einleitung von Ernst Winkler. Europa Verlag, Wien 1964. 143 S., Paperbads 9,80 DM.

Ferdinand Lassalle ist im Jahre 1963 anläßlich des hundertsten Geburtstages des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in vielen Veranstaltungen, Artikeln, Broschüren und Büchern als der Gründer der deutschen Sozialdemokratie gefeiert worden. Man hat dabei oft mit Vorbedacht an *Karl Marx* und *Friedrich Engels* vorbeilaviert und somit im Nachhinein den heute unwiderruflichen Gegensatz zwischen Kommunisten und freiheitlichen Sozialdemokraten bereits aus einer „kontinuierlichen“ Entwicklung seit der Gründung heraus aufzeigen wollen. Es scheint aber doch wohl weder im Sinne historischer Ehrlichkeit noch im Sinne fundierter Diskussionen zu sein, dieser heute politisch genehmen Interpretation mit Veröffentlichungen nachzuhelfen, die dann notgedrungen einseitig, unvollständig und historisch halb wahr sein müssen.

Im Rahmen der Reihe „*Geist und Gesellschaft*“, „*Texte zum Studium der sozialen Entwicklung*“, erschien nunmehr eine Sammlung von Auszügen aus Lassalles Reden und Schriften, der eine umfängliche, von Lassalles eigenem Pathos offenbar inspirierte Ein-

leitung von Ernst Winkler vorangestellt ist. In dieser Einleitung wird Lassalle als „großer Erwecker der Arbeiter“ gefeiert, sein „moralischer Appell“ habe die Massen der deutschen Arbeiterschaft politisch in Bewegung gesetzt. Die Ausführungen lesen sich wie ein rührender Roman, der fern der historischen Geschehnisse ein Stück romantischen Idealismus präsentiert. Nun sind die Arbeiter durchaus nicht nur von Lassalle „erweckt“ worden, und die Geschichte der Sozialdemokratie ist ohne den „Bund der Geächteten“, ohne *Wilhelm Weitling*, ohne den Londoner Arbeiterbildungsverein und *Josef Moll*, ohne die Junghegelianer und damit einfach auch ohne *Marx* und *Engels* nicht zu verstehen. Lassalle hat nur eine kurze führende Rolle in diesem langen sozialen Prozeß übernommen, und er hat sich nie den wirklich europäischen, den internationalen Gedanken des Sozialismus verschreiben können. Er blieb national in seinem Denken und Handeln, spielte mit Gedanken an Monarchie und an Zusammenarbeit mit *Bismarck*. Das alles schmälert nicht sein Verdienst um die praktische Aufbauarbeit, die dringend nötig war nach dem Zusammenbruch von 1848 und dem Kommunistenprozeß. Dieser junge, von Ehrgeiz und idealistischen Vorstellungen vorwärtsgebrachte hochbegabte Mann war nötig, um einen neuen Anstoß zu geben.

Die Auswahl aus seinen Reden und Schriften zeigt seine Größen und seine Schwächen und spiegelt ihn wider, so wie er war. Die Einleitung tut dies leider nicht. Man hätte sich gewünscht, Lassalle kritisch und historisch wahr gewürdigt zu sehen. *Dr. Reinmar Cunis*

CLANCY SI GAL

UND DANN GING ICH FORT

Bekenntnisse eines jungen Amerikaners. Horst Erdmann Verlag, Herrenau/Sdrwarzwald 1963. 392 S., Ln. 19,80 D-Mark.

Hat es in dem Land, das sich selbst für das fortschrittlichste und demokratischste der Welt hält, nie Anfechtungen gegeben, die diesen Anspruch erheblich gefährdeten? Hat — konkret gefragt — der McCarthyismus keine Wunden hinterlassen, ist er völlig „verdaut“ worden?

1956 macht sich ein junger amerikanischer Schriftsteller, den das Nachkriegsamerika zuerst ausgespuckt und dann nur mühsam hat leben lassen, auf, um quer durch die Vereinigten Staaten — von Hollywood nach New York — in einem De Soto seine früheren Freunde und Genossen zu besuchen. Seine Lektoratsarbeit für eine Agentur hat er hingeschmissen, weil er weiß, daß er nie ganz nach oben gelassen werden wird, hat er doch während McCarthys Ausschußtätigkeit als Kommunist auf einer schwarzen Liste gestanden (deren Vorhandensein natürlich abgestrit-

ten wurde), und das hängt ihm weiterhin an. Hollywood wird zudem von den Nutznießern dieser schwarzen Listen beherrscht und er hat es satt, sich zu ihrem Komplizen zu machen.

Alle seine Freunde, die wie er Kommunisten waren, sind entweder in anderen Berufen untergetaucht, haben sich der american way of life angepaßt, haben resigniert oder sind gestorben. Keiner nimmt seinen Anruf auf ein Neubeginnen an. Deshalb entschließt er sich, die bereits in Hollywood bestellte Schiffskarte nach Europa zu benutzen. Auch das Angebot eines Bostoner Verlages, seinen Roman zu verlegen, kann ihn nicht umstimmen.

Clancy Sigal, Jahrgang 1932, schildert die durch den Antikommunismus McCarthys korrumpierte amerikanische Gesellschaft in diesem autobiographischen Roman mit einer vehementen illusionslosen Radikalität. Sein Prüfstein bei all seinen Freunden ist der Oktoberaufstand in Ungarn, der während seiner Fahrt im Gange ist. Wie wird der, den ich als nächsten aufsuche, reagieren?, will er wissen. Und er wird immer enttäuscht. McCarthy hat Erfolg gehabt: die amerikanische Linke ist zerstört.

Sigal, dessen Roman in Amerika von bedeutenden Kritikern wie dem Literaturhistoriker *Alfred Kazin* und dem Schriftsteller *Nelson Algren* bewundernd besprochen wurde, hat eine visionäre und realistische Schreibweise, die den Leser nicht aus ihrem Bann entläßt. Es gelingt ihm, alles, was er schildert — auch seine Zeit als Besatzungssoldat nach dem Kriege und seine Begegnungen mit Deutschen — in das volle Licht der Realität zu stellen, ohne ein politisches Traktat zu schreiben. „Und dann ging ich fort“ erfüllt alle Ansprüche, die wir literarisch und künstlerisch an einen Roman stellen müssen und ist gleichzeitig ein politisches Zeitdokument ersten Ranges. Die Übersetzung von *Axel Kaun* gibt den schnoddrigen und doch präzisen Stil Sigals gut wieder. *Annemarie Zimmermann*

Kurz angezeigt

In der Broschüre „*Die schwedische Sozialfürsorge*“, erschienen als Heft 234 der Reihe „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart“ (J. C. B. Mohr, Tübingen 1961, 34 S.) beschreibt *Peter Heinig* die Institutionen der schwedischen sozialen Sicherheit, die sich zu einem der „fortschrittlichsten sozialen Sicherheitssysteme der Welt“ entwickelten, „während gleichzeitig auf dem europäischen Kontinent eine Demokratie nach der anderen unterging und der zweite Weltkrieg vorbereitet wurde“. Er versucht auch, den dominierenden Einfluß der Sozialausgaben auf die Finanzen des Landes aufzuzeigen und kommt zu dem Schluß:

„Der Staat ist zu einer Versicherungsgesellschaft geworden, die den Bürger gegen den Tod, gegen Krankheit und Unfall, gegen die Risiken des Kinderkriegens und des Alters usw. usw. versichert.“

In der Loseblattausgabe „*Sozialreform — Dokumente und Stellungnahmen*“ (Herausgeber Dr. jur. *Max Richter*) ist die 29. und 30. Lieferung erschienen. Sie enthalten Verlautbarungen der Parteien und Verbände, der Fraktionen des Bundestages und der Regierung zu Fragen der Krankenversicherungsreform, der Altersversorgung, der Lohnfortzahlung und des „Sozialpakets“, ferner den Sozialbericht 1963 und das Gutachten des Sozialbeirats 1963 über die Rentenanpassung, sodann die Grundsätze für die Sozialenquete der Bundesregierung, Entschließungen des CDU-Parteitages und die gesellschaftspolitische Grundsatzklärung der KAB. Die Sozialpolitik der EWG ist mit drei Dokumenten zu Harmonisierungsfragen in den Mitgliedsländern vertreten.

Die Hochschule für Politische Wissenschaften, München, hat ihr *Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1964* veröffentlicht (Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag München, 307 S., kart. 7,80 DM). Diese zum 13. Male veröffentlichte Bibliographie enthält neben Hinweisen auf 195 Periodica die Titel von 1117 Büchern aus Verlagen der Bundesrepublik, der DDR, Österreichs und der Schweiz; jedes dieser Bücher wird durch einen knappen Text auf nützliche Weise charakterisiert. Berücksichtigt sind die Gebiete Gesellschaft und Staat, Staat und Verfassung, Wirtschaft und Gesellschaft, zwischenstaatliche Beziehungen, Geschichte und Geographie, Naturwissenschaften und Politik, Presse- und Rundfunkwesen. Erfasst sind die Neuerscheinungen vom 1. Juli 1963 bis 30. Juni 1964. Trotzdem heißt es „*Literatur-Verzeichnis 1964*“, und hier erhebt sich die Frage, ob es nicht übersichtlicher wäre, jeweils die Publikationen eines Kalenderjahres in einem Band zu erfassen und diesen Band entsprechend später (etwa Ostern des folgenden Jahres) herauszubringen.

Die Vergangenheit mahnt heißt eine reichhaltige Bibliographie über Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich, die anlässlich der Auschwitz-Ausstellung in der Paulskirche von der Buchhandlung Bund-Verlag Frankfurt (Wilhelm-Leuschner-Str. 69) zusammengestellt worden ist.

100 Jahre Internationale Arbeiterbewegung 1864—1964 in der Dichtung heißt ein rund 2500 Titel umfassender Katalog, den der Büchersuchdienst Zürich (Froschaugasse 7) veröffentlicht hat; *Fritz Hüser*, Leiter des Archivs für Arbeiterdichtung und Soziale Literatur in Dortmund, hat an dieser einzigartigen Bibliographie mitgearbeitet und sie durch einen Aufsatz über Arbeiterdichtung eingeleitet.